

1 **M-04**

2 **Antragsteller: UB Bochum**

3

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Sozialdemokratische Antworten auf die Chancen und**
7 **Herausforderungen einer digitalen Gesellschaft**

8

9 Der Landesvorstand der NRWSPD wird aufgefordert, ein
10 „Digitalforum NRW“ einzurichten. Das vorliegende Po-
11 sitionspapier wird als Grundlage für weitere Diskussio-
12 nen über das Thema „Sozialdemokratische Antworten
13 auf die Chancen und Herausforderungen einer digitalen
14 Gesellschaft“ dem Landesvorstand zugesendet.

15

16

17 **Begründung**

18

19 **1. Bedeutung des Themas**

20 Die Digitalisierung führt zu tiefgreifenden Veränderun-
21 gen in unserer Gesellschaft. Eine Sozialdemokratie auf
22 der Höhe unserer Zeit muss diese Herausforderungen
23 erkennen und die sich ergebenden Chancen des digita-
24 len Wandels für eine moderne, freie und auch zukünftig
25 sozial gerechte Gesellschaft nutzen.

26 Die Debatte um den sogenannten „Upload-Filter“ ver-
27 deutlicht den Stellenwert des Themas Digitalisierung in
28 der Gesellschaft.

29

30 **2. Digitalisierung nicht reaktiv, sondern aktiv ange-**
31 **hen**

32 Digitalisierung gestalten heißt nicht nur Folgen abmil-
33 dern, sondern Chancen erkennen und die Digitalisie-
34 rung als ein Gestaltungsinstrument für eine moderne
35 Politik zu begreifen.

36 Digitalisierung kann einen Mehrwert für die Gesell-
37 schaft darstellen (Digitale Dividende), der einen neuen
38 Gesellschaftsvertrag ermöglicht.

39

40 **3. Neue Formen der Aktivierung und der Beteiligung**
41 **schaffen**

42 Die Einrichtung eines digitalen Forums soll das Know-
43 how in der Partei und der Mitglieder bündeln und so
44 die Chancen und Herausforderungen für den digitalen
45 Wandel erkennen, begleiten und Handlungsoptionen
46 aufzeigen. Die Zukunftsdebatte reißt dieses Thema an,
47 lässt aber nicht den notwendigen Raum zur Entwick-
48 lung fundierter Positionen. Die Entwicklung der Digita-
49 lisierung soll durch das **Digitalforum** partizipativ gestal-
50 tet werden.

51

52 **4. Die SPD als Partei des Fortschritts**

53 Die SPD ist die Partei der Zukunft und des Fortschritts.
54 Dies gehört zum Kern des sozialdemokratischen Welt-
55 bildes. Sie muss daher auch führende Kraft für digital-
56 politische Themen sein und dafür Sorge tragen, dass die
57 Digitalisierung nach sozialen Aspekten gestaltet wird.

58

59 **Mögliche Gegenargumente und deren Entkräftung:**

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme in der Fassung der Antragskommission

Ersetze Zeilen 9-14 durch:

Der Landesvorstand der NRWSPD wird beauftragt, eine
Arbeitsgruppe mit dem Themenschwerpunkt „Digitali-
sierung“ einzusetzen.

Der Antrag M-04 wird als Material an die neue Arbeits-
gruppe überwiesen.

60

61 1. Das Thema Digitalisierung ist ein Querschnittsthe-
62 ma

63 Digitalisierung ist ein Querschnittsthema, das in alle
64 Lebensbereiche dauerhaft und tiefgreifend hineinwirkt,
65 und muss daher gesellschaftlich und politisch sichtbar
66 aufgegriffen und gestaltet werden.

67

68 2. Das Thema Digitalisierung wird bereits in der Zu-
69 kunftsdebatte thematisiert

70 In der Zukunftsdebatte wird das Thema in seiner Wir-
71 kung auf die Gesellschaft aufgegriffen, jedoch nicht
72 als Instrument der Zukunftsgestaltung verstanden. Die
73 NRWSPD braucht ein sichtbares digitalpolitisches Pro-
74 fil, wenn sie als Zukunftspartei ernstgenommen wer-
75 den will.

76

77 3. Die SPD hat bereits ein Grundsatzprogramm „Digi-
78 tal Leben“

79 Das Programm ist nicht in die Diskussion, die politische
80 Praxis und die Programmatik eingegangen. Das Thema
81 Digitalisierung bedarf einer regelmäßigen und dauer-
82 haften Diskussion innerhalb der Partei.

83

84 Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die NRW-
85 SPD ein digitalpolitisches Profil und dazugehöriges Fo-
86 rum braucht, wenn sie eine Zukunftspartei sein will.

87

88 **Positionspapier zu sozialdemokratischen Antwor-**
89 **ten auf die Chancen und Herausforderungen ei-**
90 **ner digitalen Gesellschaft**

91

92 1. Digitaler Kapitalismus: Soziale Marktwirtschaft er-
93 halten und stärken

94 2. Arbeit: Gute Arbeit in der digitalen Wirtschaft

95 3. Künstliche Intelligenz: Neue Technologien verant-
96 wortungsvoll gestalten

97 4. Breitbandausbau: Neue Wege gehen

98 5. Datenschutz und Social Media: Datensouveränität
99 wiederherstellen

100 6. Gesundheit: Daten nutzen – Patienteninteressen
101 schützen

102 7. Bildung: Gute Bildung ein Leben lang

103 8. Umwelt: Ein Green New Deal für die Zukunft

104 9. Open Data und Open Government: Daten sinnvoll
105 nutzen

106 10. Die digitale SPD: Moderne Strukturen schaffen

107 11. Förderprogramme: Weiterführende Empfehlungen
108 zur politischen Steuerung

109

110 **1. DIGITALER KAPITALISMUS: SOZIALE MARKTWIRT-**
111 **SCHAFT ERHALTEN UND STÄRKEN**

112

113 **Die Ausgangslage:**

114 Der Kapitalismus in Zeiten der Digitalisierung muss den
115 selben gesellschaftlichen Regeln und Vereinbarungen
116 gehorchen, wie in bisherigen Zeiten. Das grundgesetz-
117 liche Paradigma „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch

118 soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“ gilt
119 in uneingeschränktem Maße auch in einer Zeit, in der
120 nahezu alle Unternehmen der Welt mit Digitalisierung
121 befasst oder durch sie getrieben werden.

122

123 **Das Problem:**

124 Trotz politischer und technischer Maßnahmen bilden
125 digitale Plattformen Mono- und Oligopole, die durch ein
126 sog. „Lock-in“ der Nutzerinnen und Nutzer in das jewei-
127 lige Dienstleistungs-Universum verstärkt werden.

128 Die Gewinne digitaler Dienstleistungsunterneh-
129 men wie z.B. Uber, Foodora, Deliveroo etc. wer-
130 den ausschließlich durch die Mitarbeiterinnen und
131 Mitarbeiter erwirtschaftet. Während diese
132 Unternehmen alle Rechte geltend machen, die ihnen
133 als Unternehmen und als Betrieb zustehen, nehmen Sie
134 nicht in gleicher Weise die damit verbundenen Pflichten
135 wahr. Dazu gehören unter anderem: Die Zahlung des gül-
136 tigen Mindestlohns, die Überwachung der Einhaltung
137 des Arbeitszeitschutzgesetzes, die gesetzlich geregelte
138 Ermöglichung und Unterstützung bei der Wahl eines
139 Betriebsrates.

140

141 Acht der Zehn wertvollsten Unternehmen der Welt ver-
142 dienen ihr Geld durch digitale / digitalisierte Produkte
143 und Dienstleistungen. Während diese Unterneh-
144 men weltweite Milliardenumsätze erwirtschaften,
145 werden durch komplexe Finanzstrukturen und
146 Lizenznahme- bzw. Lizenzvergabeprozesse die Ge-
147 winne vermeintlich geschmälert und über Ländergren-
148 zen hinweg verschoben. Das Ergebnis: Alle Gewinne
149 fallen fiktiv nur in dem Land der Erde an, in dem
150 die niedrigsten Gewerbesteuersätze gelten oder mit de-
151 nen individualisierte (Nicht-)Besteuerungsabkommen
152 herrschen, unabhängig davon, wo dieser Gewinn
153 erwirtschaftet wurde.

154

155 Durch die Digitalisierung werden in Teilen des Be-
156 triebs menschliche Arbeitskräfte durch Maschinen und
157 Anlagen ersetzt werden. Während durch die Zahlung
158 von Lohnsteuer und Sozialversicherungsabgaben bei
159 der Beschäftigung eines Menschen das Gemeinwohl
160 durch Arbeitsplätze mitfinanziert wird, fallen solche
161 Zahlungen bei dem Einsatz von Maschinen aus.

162

163 **Die Position:**

164 Die Soziale Marktwirtschaft hat sich als gesell-
165 schaftliche und wirtschaftliche Grundlage für den
166 Erfolg deutscher Unternehmen und deutscher Arbeit-
167 nehmerinnen und Arbeitnehmer bewährt. Die SPD
168 will die Soziale Marktwirtschaft auch in Zeiten der Di-
169 gitalisierung vollumfänglich erhalten, aber hinsichtlich
170 spezifischer Anforderungen in digitalen Umfeldern
171 anpassen.

172

173 **DESHALB FORDERN WIR:**

174 1. **Geld verdienen mit Nutzerdaten regulieren**

175 Geschäftsmodelle, die darauf beruhen, dass Nutzerda-

176 ten erhoben, weiterverarbeitet oder gar weiterverkauft
177 werden, müssen den Nutzern vollständig transparent
178 gemacht werden. Die Nutzerin oder der Nutzer muss
179 nachvollziehen können, was mit den jeweiligen Da-
180 ten geschieht, einzelnen Datennutzungen widerspre-
181 chen und transparent einsehen können, welchen finan-
182 ziellen Wert die eigenen Daten haben.

183

184 2. **Monopolstellungen durch Netzwerkeffekte ver-** 185 **hindern**

186 Mono- und Oligopole weniger Plattformanbieter durch
187 ein „Lock-in“ ihrer Nutzer müssen, trotz aller bisheriger
188 Mühen, weiter aufgebrochen und den Nutzern ei-
189 ne Möglichkeit zur Datenportierung ermöglicht und
190 Wechselbarrieren abgebaut werden.

191

192 3. **Betriebliche Mitbestimmung in Zeiten der Gig-** 193 **Economy stärken**

194 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in digitalen Dienst-
195 leistungsunternehmen müssen ausnahmslos und zu je-
196 der Zeit den vollen gesetzlichen Schutz als Arbeitneh-
197 merIn genießen. Dazu gehören eine strenge Überwa-
198 chung zur Vermeidung von Scheinselbstständigkeit, zur
199 Ermöglichung von Betriebsratswahlen und zur Einhal-
200 tung aller arbeitsrechtlicher und arbeitsschutzrechtli-
201 cher Vorschriften.

202

203 4. **Gewinne dort versteuern wo sie entstehen**

204 Unabhängig davon in welchem Land die Unter-
205 nehmenszentrale sitzt, wo Lizenzierungsgeschäf-
206 te abgeschlossen werden und in welchem Land Gewin-
207 ne und Verluste aufschlagen, muss jedes Unternehmen
208 der Digitalwirtschaft, unabhängig von Sitz und Be-
209 steuerungsabkommen, seine Gewinne dort versteuern,
210 wo sie von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des
211 jeweiligen Landes erwirtschaftet werden.

212

213 5. **Maschinensteuer statt Lohnsteuer**

214 Unternehmen, die einen menschlichen Arbeitsplatz
215 durch eine Maschine oder Anlage ersetzen, müssen sich
216 an den dadurch entstehenden Kosten für das Gemein-
217 wohl beteiligen. Zur Finanzierung der Weiter- und Fort-
218 bildung bzw. der Sozialtransfers derjenigen Menschen,
219 die durch die Folgen der Digitalisierung ihren Arbeits-
220 platz verlieren, müssen Unternehmen die in hohem Ma-
221 ße Arbeitsplätze digitalisieren und dadurch streichen,
222 eine Maschinensteuer abführen.

223

224 2. ARBEIT: GUTE ARBEIT IN DER DIGITALEN WIRTSCHAFT

225

226 **Die Ausgangslage:**

227 Digitalisierung verändert alles, auch und insbesondere
228 die Art und Weise wie wir arbeiten. Die digitale Ökono-
229 mie mit ihren verändernden Anforderungen an Arbeits-
230 inhalte, Arbeitsformen und nicht zuletzt die Arbeitsfle-
231 xibilität, stellen die bisherigen Formen der Arbeit und
232 der Mitbestimmung in Frage. Digitale Technologien er-
233 möglichen eine lückenlose Überwachung der Mitarbei-

234 terInnen am Arbeitsplatz. Adaptive Robotik und Algo-
235 rithmen stellen zunehmend die sozialen Beziehungen
236 in den Betrieben in Frage. Steht der Mensch zukünf-
237 tig noch im Mittelpunkt der Arbeit? Welche Beschäftig-
238 tengruppen werden von digitalen Systemen ersetzt und
239 wie können soziale Härten abgefangen werden? Mit
240 der Digitalisierung verwässern die Grenzen zwischen
241 geregelter Beschäftigung und Selbstständigkeit. Solo-
242 Selbständige, z.B. sogenannte Clickworker, stellen einen
243 neuen Trend dar, der bisherige Arbeitsverhältnisse in
244 Frage und völlig unzureichende soziale Absicherungen
245 zur Folge haben.

246

247 **Das Problem:**

248 Unternehmen und Industrie treiben die Digitalisierung
249 am Arbeitsplatz voran. Manuelle Vorgänge werden
250 durch automatisierte Vorgänge ersetzt. Dieser Prozess
251 ist nicht erst seit heute, sondern seit längerer Zeit im
252 Gange. Dabei können Daten von Mitarbeitern gesam-
253 melt und können einfacher ausgewertet werden. Die
254 Politik spricht über Digitalisierung im Zuge von Inter-
255 netausbau und besserer Anbindung von Unternehmen.
256 Die Veränderung von Arbeitsplätzen und die Möglich-
257 keit der Überwachung ist dagegen nur ein Randthema
258 oder wird von Arbeitgebern als Fortschritt angepriesen.
259 Gewerkschaften und Betriebsräte haben immer we-
260 niger Einfluss auf die Umgestaltung und Vernichtung
261 von Arbeitsplätzen. Aufgrund der Historie kommen Be-
262 tribsräte selten aus der IT und kennen daher auch nicht
263 die Möglichkeiten der Digitalisierung.

264

265 **Die Position:**

266 Wir werden die Menschen auf dem Weg in die di-
267 gitalisierte Arbeitswelt nicht allein lassen. Wir wollen,
268 dass die Digitalisierung der Arbeit neben ökonomischen
269 auch soziale Fortschritte ermöglicht.

270 Sie soll die Arbeit erleichtern, Familie und Arbeit besser
271 miteinander verbinden und die Work-Life-Balance ver-
272 bessern. Der digitale Fortschritt muss auch ein sozia-
273 ler Fortschritt sein. Dazu müssen die Gestaltungsmög-
274 lichkeiten und die Mitsprache von Betriebsräten und
275 Gewerkschaften gestärkt werden. Zudem müssen die
276 Möglichkeiten von Aus- und Weiterbildung strukturell
277 ausgebaut und finanziell unterstützt werden.

278

279 **DESHALB FORDERN WIR:**

280 1. **Kontrolle ggf. Verbot von Arbeitnehmerdatener-**
281 **fassung**

282 Die Erfassung von Arbeitnehmerdaten muss im Sinne
283 der Datensparsamkeit beschränkt werden.

284 Hierzu muss die Politik die Mitbestimmung für Gewerk-
285 schaften und Betriebsräte stärken.

286

287 2. **Förderung von Mitarbeitern durch Weiterbildung**

288 Schaffung und Finanzierung von Weiterbildungspro-
289 grammen, damit die Menschen eine Chance auf dem
290 neuen Arbeitsmarkt haben. Wir müssen Alternativen
291 für die Menschen schaffen, die bei der Entwicklung

292 möglicherweise nicht mithalten können.

293

294 **3. Eine soziale Absicherung**

295 Menschen sozial absichern und dabei auf die neue Form
296 der digitalen Arbeit achten, damit niemand durch das
297 soziale Netz fällt oder Standards unterlaufen werden.

298

299 **4. Kontrolle von Arbeitsgesetzen**

300 Bessere Kontrolle der Arbeitsgesetze und Arbeitszeiten,
301 um Ausbeutung und unterlaufen von Mindestlöhnen
302 zu verhindern.

303

304 **3. KÜNSTLICHE INTELLIGENZ: NEUE TECHNOLOGIEN**
305 **VERANTWORTUNGSVOLL GESTALTEN**

306

307 **Die Ausgangslage:**

308 Künstliche Intelligenz (KI) hat in den letzten Jahren ei-
309 nen neuen Reifegrad erreicht und entwickelt sich zum
310 Treiber der Digitalisierung in allen Lebensbereichen. Ob
311 in der alltäglichen Arbeit, in Bildung und Wissenschaft,
312 dem Gesundheitswesen oder in Grundsatzfragen der
313 Ethik und des Rechts: Der Einsatz von Künstlicher Intelli-
314 genz wird sich tiefgreifend auf alle Lebensbereiche aus-
315 wirken.

316 Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sind
317 aufgefordert, sich den Chancen und Risiken Künstlicher
318 Intelligenz zu stellen.

319

320 **Das Problem:**

321 Treiber der Entwicklung beim Thema Künstlicher Intelli-
322 genz und ihrer Anwendungen sind Digitalkonzerne aus
323 den USA und China, wie z.B. Facebook, Google, Tencent
324 oder Baidu. Ein regelrechter Wettlauf hat begonnen,
325 wer sich die Vorteile KI basierter Systeme als erster zu-
326 nutze macht. Ob Datenverfügbarkeit, Innovationsfähig-
327 keit, Geld oder Datenschutz – Die Bedingungen in den
328 USA und China sind andere als in Deutschland und Eu-
329 ropa. Wir müssen daher unseren eigenen Weg jenseits
330 der USA und China gehen.

331

332 **Die Position:**

333 Nicht Akzeptanz sondern Vertrauen ist die ent-
334 scheidende Voraussetzung für den Einsatz künst-
335 licher Intelligenz. KI kann und wird in allen Le-
336 bensbereichen eine große Wirkung haben. Dazu
337 bedarf es oft persönlicher Daten. Deshalb müssen
338 die Prinzipien des Datenschutzes und der informa-
339 tionellen Selbstbestimmung Anwendungen finden,
340 der Einsatz von KI Systemen muss erkennbar und
341 die Entscheidungen von Algorithmen müssen nach-
342 vollziehbar sein. Auch müssen Systeme anhand
343 hoher Qualitätsmaßstäbe trainiert und überwacht
344 werden.

345

346 **DESHALB FORDERN WIR:**

347 **1. Eine gesellschaftliche Diskussion über die Anwen-**
348 **dungen von KI und deren Grenzen**

349 Wie und zu welchen Zwecken wollen wir Künstliche

350 Intelligenz einsetzen? Welche ethischen Werte und
351 rechtlichen Rahmenbedingungen liegen dem Einsatz zu
352 Grunde?

353

354 **2. Die Chancen von Künstlicher Intelligenz verantwortungsvoll nutzen**

355 Die Chancen von KI nutzen: z.B. im Gesundheitswesen, für den Umweltschutz, dem Management von Energiesystemen und smarten Städten. KI ist eine Chance für Wachstum, Innovation und Nachhaltigkeit. Diese wollen wir verantwortungsvoll fördern.

361

362 **3. KI basierte Systeme müssen hohen Qualitätsmaßstäben unterliegen**

363 Vertrauen durch Transparenz sind Voraussetzung für den Einsatz von KI – deshalb müssen KI Systeme in Entwicklung, Training und Einsatz hohen Qualitätsansprüchen genügen. Dazu soll eine verpflichtende staatliche Zertifizierung eingeführt werden. KI basierte Systeme müssen dabei diskriminierungsfrei und gemäß der Datenschutzgrundverordnung ausgelegt werden.

371

372 **4. Deutschland und Europa müssen einen eigenständigen Weg um Umgang mit KI gehen**

373 Deutschland und die EU müssen den Vergleich mit den USA und China beim Thema KI nicht scheuen und dabei aufzeigen, dass andere Wege zur KI-Nutzung jenseits von staatlicher Willkür/Missbrauch oder des Verstoßes gegen das Datenschutzrecht möglich sind.

379

380 **5. Der digitale Wandel der Arbeitswelt muss gestaltet werden**

381 KI wird die Arbeitswelt massiv verändern. Diesen Wandel gilt es aktiv z.B. durch lebensbegleitendes Lernen und ein modernes Bildungssystem zu gestalten. Der Einsatz von KI soll den Menschen unterstützen und neue Produkte und Berufe ermöglichen.

387

388 **6. Ein Verbot autonomer Waffensysteme**

389 Der Einsatz von KI basierten autonomen Waffensystemen muss verboten werden.

391

392 **4. BREITBAND AUSBAU: NEUE WEGE GEHEN**

393

394 **Die Ausgangslage:**

395 Die Versorgung mit schnellem Internet ist so essenziell wie die mit Elektrizität und Wasser.

396 Spätestens mit der Verbreitung von Videostreaming, Video-Telefonie und Online-Gaming steigt der Webtraffic privater Haushalte deutlich an. Auf dem Immobilienmarkt lässt sich beobachten, dass Wohnung ohne schnelles Internet schwerer vermietet werden können und Häuser in nicht versorgten Gebieten deutliche Wertverluste hinnehmen müssen. Für Unternehmen ist das Fehlen einer schnellen Breitbandverbindung existenzbedrohend. Stellt der Versand oder Empfang großer Datenmengen ein Problem dar oder ist er nun zu bestimmten Tageszeiten möglich, behindert

408 dies das produktive Arbeiten massiv und stellt einen
409 Standortnachteil dar.

410

411 **Das Problem:**

412 Nach 13 Jahren unter Merkel muss man feststellen, dass
413 das bisherige Ausbaumodell gescheitert ist: Die durch-
414 schnittliche Verbindungsgeschwindigkeit in Deutsch-
415 land betrug im ersten Quartal 2017 15,3 Mbits, weit
416 unter denen beispielsweise in Südkorea, Norwegen
417 oder Schweden. Der Anteil der Glasfaseranschlüsse in
418 Deutschland liegt mit 2,1% deutlich unter dem OECD-
419 Durchschnitt von 22,3% und noch viel weiter hinter Spit-
420 zenländern wie Japan und Südkorea mit mehr als 75%.
421 Aktuelle Statistiken über den Ausbau der Breitbandin-
422 frastruktur lassen keine echte Trendwende erwarten.
423 Im Gegenteil: Mit Blick auf den nur zögerlichen Ab-
424 ruf von Fördermitteln scheint man hier aktuell weit
425 in Rückstand zu geraten.

426

427 **Die Position:**

428 Das bisherige Modell, den Ausbau durch private
429 Internetprovider über Fördermittel zu organisie-
430 ren, ist gescheitert. Statt zukunftsfähige Glasfa-
431 sertechnologie auszubauen, wird versucht, abge-
432 schriebene Kupferleitungen so lange wie möglich
433 weiterzuverwenden und den Ausbau so lange es
434 geht hinauszuzögern. Statt neuer Ankündigungen und
435 der Ausweitung von Fördertöpfen, die ohnehin nicht
436 abgerufen werden, brauchen wir eine Ausweitung des
437 öffentlichen Engagements beim Breitbandausbau. So
438 wie Volkswagen oder Daimler nicht unsere Straßen
439 bauen, gehört diese Infrastruktur im Sinne der Daseins-
440 vorsorge in öffentliche Hand, private Beteiligungen und
441 PPPs lehnen wir ab.

442

443 **DESHALB FORDERN WIR:**

444 1. **Einen Neustart im Breitbandausbau**

445 Anstatt gegen die individuellen Profitinteressen von pri-
446 vaten Internet Service Providern anzuschubventionieren
447 und auf den Ausbau zu hoffen, muss die öffentliche
448 Hand das Heft des Handelns wieder selbst in die Hand
449 nehmen.

450

451 2. **Gründung regionaler Infrastrukturgesellschaften**

452 Regionale Infrastrukturgesellschaften organisieren,
453 planen und führen den Ausbau vor Ort durch.

454 Nach Jahren der kommunalen Austeritätspolitik sind
455 viele Städte und Gemeinden an ihre Kapazitätsgrenzen
456 gelangt. Ausbauprojekte scheitern schon heute
457 häufig an fehlenden Planerinnen und Planern, obwohl
458 genügend Mittel zur Verfügung stehen. Regiona-
459 le Infrastrukturgesellschaften können hier somit auch
460 zur Angleichung von Lebensverhältnissen sorgen und
461 strukturelle Polarisierungsprozesse ausgleichen.

462

463 3. **Schaffung von Leitprojekten**

464 Stärkung der Nachfrage nach schnellem Internet. Gro-
465 ße Leitanwendungen und Use-Cases müssen im Sinne

466 einer weiteren Digitalisierung unterstützt werden. Da-
467 zu zählen bspw. Anwendungen im Bereich des E-
468 Learnings, Home-Office oder Gesundheitsanwendun-
469 gen.

470

471 **5. DATENSCHUTZ UND SOCIAL MEDIA: DATENSOUVE-** 472 **RÄNITÄT WIEDERHERSTELLEN**

473

474 **Die Ausgangslage:**

475 Ob Informationsbeschaffung, Einkauf oder Wahlen –
476 Soziale Netzwerke haben eine Wirkmacht erreicht, die
477 im öffentlichen Leben allgegenwärtig sind. Der Umgang
478 von Facebook mit Nutzerdaten zeigt, dass der Einzelne
479 wieder über die Nutzung seiner Daten entscheiden kön-
480 nen muss. Die Offenlegung von Algorithmen kann nur
481 ein erster Schritt sein, wir brauchen Transparenz im Um-
482 gang mit unseren Daten. Daten werden zu allen Anläs-
483 sen gesammelt, ob für die Maut, für Statistiken in Stadt,
484 Land und Bund, für Verbrechensbekämpfung.

485

486 **Das Problem:**

487 Die digitalen Bürgerrechte werden nicht nur durch pri-
488 vate Unternehmen bedroht. Unter dem Vorwand dro-
489 hender terroristischer Anschläge hat der Staat eine
490 dramatische Ausweitung der Überwachung beschlos-
491 sen. Mit jeder weiteren Nachricht über Anschläge las-
492 sen sich die immer gleiche Reflexe in der Politik be-
493 obachten: Geheimdienste, Verfassungsschutz und Po-
494 litiker fordern eine weitere Aushöhlung von Bürger-
495 rechten, häufig ohne eine angemessene Wirksam-
496 keit der Maßnahmen nachzuweisen zu können. Die
497 Vorratsdatenspeicherung und Videoüberwachung setzt
498 in einer nie dagewesenen Weise alle Bundesbürger un-
499 ter Generalverdacht und schafft die Infrastruktur für ei-
500 ne flächendeckende Überwachung eines jeden Einzel-
501 nen. Großkonzerne haben einen großen Einfluss auf die
502 Politik errungen und sind durch ihre vielfältigen Struk-
503 turen kaum noch zu kontrollieren. Konzerne wie Face-
504 book machen Meinung und damit auch Politik.

505

506 **Die Position:**

507 Das Vertrauen der Menschen in den Datenschutz muss
508 wieder hergestellt werden. Der Bürger muss zudem
509 wissen, was mit seinen Daten passiert und wofür sie be-
510 nutzt werden. Wir wollen digitale Souveränität und ei-
511 nen selbstbestimmten Umgang mit unseren Daten er-
512 möglichen. Große Konzerne müssen besser überwacht
513 und kontrolliert werden. Ihr Handeln muss transparent
514 werden. Die Politik gibt die Rahmenbedingungen vor,
515 nicht Großkonzerne.

516

517 **DESHALB FORDERN WIR:**

518 **1. Debatte über soziale Netzwerke**

519 Deshalb müssen wir eine (partei-)öffentliche Debatte
520 über die Zukunft von Sozialen Netzwerken anstoßen.
521 Dabei müssen Transparenz und die Begrenzung der
522 Macht der Sozialen Netzwerke im Vordergrund stehen.

523

524 **2. Datenschutz Kontrolle**

525 Diese Logik einer immer weiteren Verschärfung des
526 Überwachungsstaates muss Einhalt geboten werden.
527 Deshalb fordern wir, bestehende Maßnahmen kritisch
528 auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen und ggf. wieder zu-
529 rückzunehmen.

530

531 **3. Information des Bürgers**

532 Der Bürger muss über die Nutzung und Weitergabe sei-
533 ner Daten informiert werden und das Recht haben, die-
534 se einzusehen und Weitergabe zu verweigern.

535

536 **6. GESUNDHEIT: DATEN SINNVOLL NUTZEN – PATIEN-
537 TENINTERESSEN SCHÜTZEN**

538

539 **Die Ausgangslage:**

540 Ob Schrittzähler, Pulsmessung, Blutzuckerdaten oder
541 Genomanalysen: Die Erfassung von Gesundheitsdaten
542 schreitet mit der Digitalisierung immer weiter voran.
543 Dazu kommen Millionen von qualitativ hochwertigen
544 Datensätzen aus Krankenhäusern, Arztpraxen, Labo-
545 ren und Forschungseinrichtungen. Diese Daten haben
546 ein großes Potential, wenn es darum geht die optima-
547 le individuelle Therapie oder Rehabilitationsmaßnah-
548 me zu finden, mit chronischen Krankheiten umzugehen
549 und die verfügbaren Ressourcen des Gesundheitssys-
550 tems effizient zu nutzen. Zudem werden die Mög-
551 lichkeiten der Telemedizin für neue Kommunikations-
552 und Versorgungsformen sowie dem Einsatz in struktur-
553 schwachen Regionen nur unzureichenden genutzt.

554

555 **Das Problem:**

556 Daten und Technik sind vorhanden um die Potenziale
557 von Gesundheitsdaten nutzbar zu machen. Bis heute
558 werden Daten und Infrastruktur jedoch nicht oder nur
559 unzureichend genutzt. Zudem sind Patienten misstrau-
560 isch, wenn es um die Erfassung, Speicherung und Aus-
561 wertung ihrer Daten geht, da sie individuelle Nachteile
562 fürchten. Die Gesundheitskarte, die nahezu jeder in sei-
563 ner Tasche trägt, hat Milliarden EUR gekostet und ent-
564 hält bis heute keine Informationen, die über persönliche
565 Daten wie z.B. Name, Alter und Adresse etc. hinausge-
566 hen. Die Umsetzung ist bis heute mangelhaft und Poli-
567 tik und Selbstverwaltung geben sich gegenseitig ist die
568 Schuld für den Misserfolg.

569

570 **Die Position:**

571 Die Nutzung persönlicher Gesundheitsdaten
572 durch Arzt und Krankenkasse für eine besse-
573 re Gesundheitsversorgung und Prävention findet eine
574 breite Zustimmung. Im Gegenzug ist ein umfassender
575 rechtssicherer Patientendatenschutz, ein selbstbe-
576 stimmter Umgang mit den eigenen Daten sowie
577 Transparenz über den Verbleib der Daten notwendig.

578

579 **DESHALB FORDERN WIR:**

580 **1. Solidarprinzip absichern**

581 Verankerungen eines Diskriminierungsverbots

582 aufgrund individualisierter Gesundheitsprofile
583 im Sozialgesetzbuch V z.B. bei Krankenkassenleis-
584 tungen oder durch den Arbeitgeber.

585

586 **2. Selbstbestimmter Umgang mit Daten ermögli-**
587 **chen**

588 Der Patient/die Patientin muss jederzeit und un-
589 eingeschränkt Einsicht in die über ihn erhobe-
590 nen Gesundheitsdaten in Form eines Gesundheits-
591 datenkontos haben und selbst entscheiden kön-
592 nen, welche Daten einsehbar sind und welche nicht,
593 z.B. gegenüber anderen Ärzten oder Krankenhäusern.

594

595 **3. Daten in staatliche Hand geben**

596 Die Erfassung und Speicherung von Gesundheitsdaten
597 in einem Gesundheitsdatenkonto soll ausschließlich
598 durch eine staatliche Trägerorganisation erfolgen und
599 höchsten Sicherheitsstandards entsprechen.

600

601 **4. Digitale Infrastruktur ausbauen**

602 Beibehaltung der Gesundheitskarte und Ausbau
603 der Funktionen zu einer vollwertigen elektroni-
604 schen Gesundheitskarte. Auf- und Ausbau einer
605 flächendeckenden und bundesweiten telemedizinischen
606 Versorgung.

607

608 **5. Aufbau von Datengenossenschaften**

609 Datengenossenschaften sind ein Modell für
610 den Umgang mit Gesundheitsdaten, das in der
611 Schweiz Anwendung findet. Die Einführung eines
612 solchen Modells sollte auch ein Deutschland ge-
613 prüft werden.

614

615 **7. BILDUNG: GUTE BILDUNG EIN LEBEN LANG**

616

617 **Die Ausgangslage:**

618 Die Digitalisierung fordert unser Bildungssystem
619 heraus. Infolge der Digitalisierung verändert sich
620 die Arbeitswelt mit großen Auswirkungen auf die
621 Beschäftigung. Während in der Vergangenheit
622 von Umbrüchen meist nur eine Branche betroffen
623 war, sind die Vorzeichen heute andere. Der Um-
624 bruch findet in der Breite statt: Er betrifft Tätigkei-
625 ten in der Verwaltung, in Banken, der Produktion,
626 im Transportwesen und das in schneller Abfolge. Nach
627 einer Studie des ZEW aus dem Jahr 2015 arbeiten 42
628 Prozent der Beschäftigten in Deutschland in Berufen
629 mit hoher „Automatisierungswahrscheinlichkeit“.
630 Im Bildungsbereich ist die Digitalisierung sowohl für
631 die Lehrenden wie auch für die Lernenden eine Heraus-
632 forderung, die, wenn sie erfolgreich angegangen wird,
633 bessere Lernerfolge verspricht. Als Anwendungsmög-
634 lichkeiten in der Schule lässt sich zuerst die Künstliche
635 Intelligenz nennen, die bei der Lerndiagnostik, bei
636 der Erstellung individualisierter Förderpläne wertvolle
637 Dienste leisten kann.

638

639 **Das Problem:**

640 Voraussetzung für eine erfolgreiche Weiterentwick-
641 lung des Bildungssektors ist, dass Fachkräfte weiterhin
642 durch kontinuierliche Weiterbildung fit für den digita-
643 len Wandel gemacht werden. Auch müssen die finan-
644 ziellen Rahmenbedingungen langfristig und nachhal-
645 tig verbessert werden, damit die digitale Ausstattung
646 nicht nur angeschafft, sondern auch unterhalten und
647 gepflegt werden kann.

648

649 **Die Position:**

650 Dieser Wandel muss gestaltet werden. Eine gute schu-
651 lische Bildung und lebensbegleitendes Lernen ist der
652 Schlüssel zum Erfolg für ein eigenständiges und selbst-
653 bestimmtes Leben und zukunftsfähige Arbeitsplätze.
654 Deshalb fordern wir eine moderne, innovative und Aus-
655 und Weiterbildungspolitik.

656 Den Lernenden – ob in Weiterbildung oder in der
657 schulischen Bildung – müssen digitale Kompeten-
658 zen vermittelt werden, d.h. Basiskompetenzen zum ef-
659 fizienten und produktivem Umgang mit Soft- und Hard-
660 ware. Ihnen muss des Weiteren ermöglicht werden,
661 Merkmale und Kennzeichen der neuen Medien vor dem
662 Hintergrund der Mediengeschichte kritisch zu reflektie-
663 ren (z.B. die Verbreitung von Lügen in Geschichte und
664 Gegenwart).

665

666 **DESHALB FORDERN WIR:**

667 1. **Die digitale Lernmittelfreiheit**

668 Digitale Medien müssen den Lernenden hierbei kosten-
669 frei zur Verfügung gestellt werden, um die Bildungs-
670 und Chancengerechtigkeit zu gewährleisten.

671

672 2. **Eine finanzielle Förderung der Digitalisierung im**
673 **Bildungsbereich**

674 Dies muss nachhaltig und langfristig angelegt sein und
675 digitale Kompetenzen aller am Bildungsprozess Betei-
676 ligten fördern.

677

678 3. **Digitale Kompetenzen müssen in der Lehrerausbil-**
679 **dung curricular verankert werden**

680 Dies soll auch die Bereiche des E-learning, z.B. Webinare
681 und Tutorials, umfassen.

682

683 **8. UMWELT: EIN GREEN NEW DEAL FÜR DIE ZUKUNFT**

684

685 **Die Ausgangslage:**

686 Wir befinden uns inmitten einer Transformation von
687 Wirtschaft und Gesellschaft. Der Klimawandel und die
688 zunehmende Zerstörung der Umwelt haben sich zu ei-
689 ner der größten Gefahren der Menschheit entwickelt.
690 Die Digitalisierung spielt dabei eine ambivalente Rolle.
691 Einerseits schafft sie Probleme, die es vor ihr nicht gab,
692 andererseits kann sie auch ein Teil der Lösung des Pro-
693 blems sein.

694

695 **Das Problem:**

696 Die Einführung und Anwendung digitaler Technologi-
697 en hat zu einem massiven und überdurchschnittlichen

698 Anstieg des Energieverbrauchs geführt. Technologien,
699 die z.B. Blockchain nutzen verbrauchen enorme Men-
700 ge an Energie ohne tatsächliche Werte zu erzeugen.
701 Die anhaltende Digitalisierung und Virtualisierung von
702 Produkten und Prozessen hat zudem einen stetig stei-
703 genden Rohstoffbedarf zur Folge. Eine Entwicklung, die
704 durch die immer kürzeren Produktzyklen von Handys
705 immer weiter verstärkt werden. Mit der Industrie 4.0
706 und dem Aufbau einer neuen Digitalen Infrastruktur
707 wird sich diese Tendenz weiter fortsetzen. Die Digitali-
708 sierung wie sie sich in der heutigen Form vollzieht, scha-
709 det der Umwelt mehr als sie ihr nutzt.

710

711 **Die Position:**

712 Die Industrialisierung hat viele der heutigen Umwelt-
713 und Klimaprobleme geschaffen. Die digitale Revoluti-
714 on muss dazu beitragen diese Probleme zu lösen. Da-
715 zu setzen wir auch eine nachhaltige und ökologische
716 Infrastruktur- und Wirtschaftspolitik losgelöst von ei-
717 ner Wachstums- und Konsumorientierung. Zudem gilt
718 es die Chancen digitaler Technologien wie z.B. Big Data
719 und Künstliche Intelligenz im Kampf gegen den Klima-
720 wandel und die Umweltverschmutzung konsequent zu
721 nutzen.

722

723 **DESHALB FORDERN WIR:**

724 1. **Investitionen eine Nachhaltige Zukunft: Ein Green**
725 **New Deal**

726 Die Idee des Green New Deal versteht sich als Ant-
727 wort auf die strukturelle Krise von Wirtschaft, Umwelt
728 und Gesellschaft. Dabei geht es um die consequen-
729 te Ausrichtung auf eine nachhaltige Wirtschaft und In-
730 frastruktur sowie mehr Chancengleichheit und soziale
731 Teilhabe. Dies soll durch massive Investitionen eine öko-
732 logische Infrastruktur (Verkehr, Energie) sowie Bildung
733 und Qualifizierung erreicht werden.

734

735 2. **Nutzung Digitaler Innovationen für eine neue Um-**
736 **weltpolitik**

737 Technologien wie Big Data und Künstliche Intelligenz
738 unterstützen den Weg zu einem Green New Deal, in
739 dem sie

740

- 741 – den Aufbau einer intelligenten Stromversorgung und
- 742 neuer Mobilitätskonzepte unterstützen,
- 743 – den Schutz der Biodiversität durch die Überwachung
- 744 von Ökosystemen sicherstellen,
- 745 – die Abwehr von Wilderei und den gezielten Schutz be-
- 746 drohter Arten verbessern,
- 747 – für die Verbesserung von Wasser- und Luftqualität ge-
- 748 nutzt werden.

749

750 Dazu Bedarf der Rückkehr zu einer sachgerechten und
751 faktenbasierten Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik
752 sowie eines Förderprogramms zum Aufbau und Anwen-
753 dung digitaler Technologien für den Umweltschutz.

754

755 **9. OPEN DATA UND OPEN GOVERNEMENT: DATEN**

756 **SINNVOLL NUTZEN**

757

758 **Die Ausgangslage:**

759 „Wie hoch ist der Feinstaubgehalt eigentlich in mei-
760 nem Viertel?“, „Kommt mein Bus pünktlich?“, „Wofür
761 was gibt meine Kommune eigentlich das Geld aus?“.
762 Obwohl öffentliche Verwaltungen im Rahmen ihrer Ar-
763 beit eine Vielzahl von Daten erzeugen, war die Beant-
764 wortung solcher Fragen lange Zeit sehr aufwendig. Im
765 Rahmen der Digitalisierung und unterstützt vom In-
766 formationsfreiheitsgesetz (IFG) versuchen Open Data-
767 Initiativen seit einigen Jahren auch in Deutschland, Da-
768 ten systematisch aufzubereiten und Interessierten zur
769 weiteren Verwendung zur Verfügung zu stellen.

770

771 **Das Problem:**

772 Deutsche Behörden sind aktuell noch nicht in der La-
773 ge, die durch Verwaltungshandeln entstehenden Daten
774 „by design“ standardmäßig zu veröffentlichen. Neben
775 technischen Voraussetzungen, mangelt es an personel-
776 len Kapazitäten, um die Umgestaltung der Prozesse in
777 den Behörden zu koordinieren.

778

779 **Die Position:**

780 Die öffentliche Hand muss in die Lage versetzt wer-
781 den, Open Data und Open Government-Anliegen zu
782 unterstützen. Neben wirtschaftlichen Potenzialen wird
783 so ein essenzieller Beitrag zu mehr Transparenz und
784 zur Stärkung von Demokratie in Zeiten der Digita-
785 lisierung geleistet. Sie müssen bürgernah moderni-
786 siert werden und Amtswege erleichtern. Mit digita-
787 len Angeboten, wie Bürger Online-Diensten oder Bür-
788 gerkonten, sollen Bürger unabhängig von Öffnungs-
789 zeiten ihre Amtsgeschäfte erledigen können. One-Stop-
790 Government – also Service aus einer Hand – ist
791 in anderen Ländern wie z.B. in nordeuropäischen Staa-
792 ten längst Alltag. Dies ist bis heute in Deutschland nicht
793 gelungen.

794

795 **DESHALB FORDERN WIR:**

796 **1. Eine breite Debatte zum Themen Open Data und**
797 **Open Government**

798 Was kann, was soll Open Data leisten? Welche
799 rechtlichen Rahmenbedingungen braucht es? Wie
800 viel Transparenz wollen wir im Umgang mit öffent-
801 lichen Daten und Daten der Bürger? Wie lassen
802 sich entsprechende Communities, die die offenen Da-
803 ten in spannende Anwendungen überführen, effektiv
804 unterstützen?

805

806 **2. Mehr Anstrengungen bei der Digitalisierung der öf-**
807 **fentlichen Verwaltungen**

808 Wir brauchen ein Konzept, für eine sichere, effiziente
809 und bürgerfreundliche digitale Verwaltung, die zeitnah
810 umgesetzt wird. Neben technischen Hürden sind da-
811 bei vor allem Fragen der Akzeptanz bei den Bürgern zu
812 klären. Formate wie der E-Ausweis, die elektronische
813 Gesundheitskarte oder DE-Mail stehen für Projekte, die

814 mit hohem finanziellen Aufwand entwickelt, dann aber
815 kaum Verbreitung fanden. Auch gilt es zu ermitteln, wo
816 bestehende rechtliche Hürden im Sinne des Nutzungs-
817 komforts angepasst werden können.

818

819 **3. Neben Fragen der Datenqualität und der Gestal-**
820 **tung offener Verwaltungsprozesse sind vor allem**
821 **drohende Finanzierungsprobleme zu klären**

822 Nach vielen Jahren der Austeritätspolitik in den Kom-
823 munen sind viele Städte und Gemeinden nicht mehr in
824 der Lage, zusätzliche Aufgaben zu übernehmen. Hier
825 muss der Bund die finanzielle Hauptlast tragen. Auch
826 müssen eventuelle negative Folgen einer Veröffentlichung mit beachtet werden.

828

829 **10. DIGITALE SPD: MODERNE STRUKTUREN SCHAFFEN**

830

831 **Die Ausgangslage:**

832 Die Wahl Donald Trumps, die Entscheidung der briti-
833 schen Bevölkerung für den Brexit und das Erstarken der
834 AfD in allen deutschen Parlamenten: In allen Wahl-
835 entscheidungen der vergangenen Zeit spielten digita-
836 lisierte Wahlkämpfe und Wahlwerbung eine funda-
837 mentale Rolle. Die Kommunikation zwischen Wähler-
838 schaft und Partei, die Verbreitung von (Un)Wahrheiten
839 durch soziale Netzwerke und die Mobilisierung der ei-
840 genen Anhängerschaft sind durch das Aufkommen von
841 Internet und Smartphones in einem bisher nie gekann-
842 ten Ausmaß möglich. Doch nicht nur im Außen-, auch
843 im Innenverhältnis wird die Parteiarbeit durch digitale
844 Prozesse verändert. Hier sind alternative Kommunikati-
845 onsmittel genauso gefragt wie eine transparente Infor-
846 mationspolitik und vereinfachte Möglichkeiten zur Par-
847 tizipation. Während das Engagement in der SPD früher
848 vorrangig durch Einsätze in den Ortsvereinen getragen
849 wurde, möchten Mitglieder nun auch auf digitale Wei-
850 se teilhaben und mitbestimmen.

851

852 **Das Problem:**

853 Die Reichweite der SPD ist, hinsichtlich ihrer politischen
854 Inhalte und Positionen, in den sozialen Medien, im Ver-
855 gleich zu anderen Organisationen, ausbaufähig. Jen-
856 seits der Veröffentlichung von Pressemeldungen und
857 der Übersetzung klassischer Offline-Kampagnenarbeit
858 in Online-Medien findet die SPD im Internet kaum statt.
859 Weder werden Kampagnen wie bspw. #MeToo, #Wir-
860 SindMehr, trotz ihrer im Wesen sozialdemokratischen
861 Inhalte, mit der SPD in Verbindung gebracht, noch ge-
862 lingt es der Partei eigene Inhalte im online-medialen
863 Diskurs zu platzieren. Dies gelingt undemokratischen
864 Parteien leider in quantitativ und qualitativ höherem
865 Maße. Auch hinsichtlich der Binnenperspektive fehlen
866 Strukturen, die über die Arbeit der SPD informieren, di-
867 gitale Partizipation ermöglichen und schnellen und un-
868 komplizierten Kontakt mit Gremien und Instanzen in-
869 nerhalb der SPD herstellen. Digitale Bürgersprechstun-
870 den als Ergänzung zu den bisherigen „offenen Türen“
871 fehlen dabei genauso wie eine Datenbank, die Exper-

872 tenwissen verfügbar macht und in die sich neue Mit-
873 glieder mit ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten eintra-
874 gen können, um sich in die Parteiarbeit einzubringen.

875

876 **Die Position:**

877 So wie die Digitalisierung unserer Gesellschaft nur dann
878 demokratisch und menschenfreundlich gelingen kann,
879 wenn in ihr wesentliche sozialdemokratische Errungen-
880 schaften beachtet und etabliert werden, gelingt der zu-
881 künftige Aus- und Aufbau der SPD nur dann, wenn
882 sie sich digitalen Prozessen und Strukturen öffnet. Da-
883 zu gehört die Rekrutierung digitaler Kompetenz inner-
884 halb der SPD, eine klare digitale Wahlkampfstrategie,
885 die Implementierung von Systemen, mit denen Mitglie-
886 der die Partei erleben, erfahren und über interne Foren
887 miteinander ins Gespräch kommen können.

888

889 **DESHALB FORDERN WIR:**

890 **1. Digitale / Digitalisierte Inhalte für potenzielle**
891 **Wählerinnen und Wähler**

892 Die SPD muss ihre Kampagnenfähigkeit, die sie viele
893 Jahre auf der Straße unter Beweis gestellt hat, auch in
894 die Online-Welt übersetzen. Sozialdemokratische Inhal-
895 te müssen mehr als bisher Einzug halten in die sozialen
896 Medien

897

898 **2. Digitalisierung der Ortsvereine**

899 Die Ortsvereine als Basis der Partei müssen
900 sich der Digitalisierung öffnen. Mit „digita-
901 len Bürgersprechstunden“ müssen Bürgerinnen
902 und Bürger mit der SPD Kontakt aufnehmen und
903 über aktuelle Internetseiten bzgl. der regionalen und
904 kommunalen Arbeit der SPD informieren können.

905

906 **3. Schaffung digitaler Partizipationsmöglichkeiten**

907 Die SPD muss auch jenen Mitgliedern die Teil-
908 nahme am sozialdemokratischen Diskurs ermögli-
909 chen, die sich nicht im Ortsverein engagieren können
910 oder wollen. Dafür bedarf es vieler neuer digita-
911 ler Kommunikationsmöglichkeiten, die Teilnahme und
912 Teilhabe ermöglichen.

913

914 **4. Eine Absage an Wahlcomputer jeglicher Art**

915 Digitalisierte Wahlsysteme und Wahlcomputer sind
916 ausnahmslos anfällig für manipulative Eingriffe durch
917 Dritte. Bewährte Stimmabgabe- und Stimmauszäh-
918 lungsverfahren müssen innerhalb und außerhalb der
919 SPD sichergestellt und bereitgestellt werden. Vor
920 dem Hintergrund, dass geheime und freie Wahlen die
921 Grundlage aller demokratischen Prozesse innerhalb
922 und außerhalb der SPD sind, fordern wir eine klare
923 Absage an Wahlcomputer und digitale Wahlsysteme
924 jeglicher Art.

925

926 **11. FÖRDERPROGRAMME: WEITERFÜHRENDE EMPFEH-**
927 **LUNGEN ZUR POLITISCHEN STEUERUNG**

928

929 **Die Ausgangslage:**

930 Trotz aller problematischen Entwicklungen, bietet die
931 Digitalisierung mannigfaltige Möglichkeiten unsere
932 Gesellschaft in sozialer und ökologischer Hinsicht zu
933 verbessern. Von politischer Steuerungsseite stellt sich
934 die Frage nach einer sinnvollen Förderung und Lenkung
935 dieses Potenzials.

936 Dies gilt insbesondere für die Nutzung von digi-
937 talen Lösungen und KI im Gesundheitswesen, für
938 den Umweltschutz, dem Management von Energiesys-
939 temen und für öffentliche Dienstleistungen.

940

941 **Das Problem:**

942 An den digitalen Erneuerungen von Produktions- und
943 Distributionsstätten in der Wirtschaft profitieren die
944 Bürgerinnen und Bürger unzureichend und wenn, dann
945 nur indirekt. Bisher fördern vergleichbare Programme
946 des Landes und des Bundes digitale Innovationen zu be-
947 stimmten Themen bzw. Wirtschaftszweigen, doch eine
948 Garantie dafür, dass die geförderten Innovationen zu
949 einem späteren Zeitpunkt tatsächlich vor Ort bei den
950 Menschen ankommen, gibt es nicht. Im Fokus der Förde-
951 rung stehen bislang gewerbliche Unternehmen sowie
952 Forschungs- und Bildungseinrichtungen.

953

954 **Die Position:**

955 Neben der Förderung von Unternehmen und For-
956 schungseinrichtungen, muss es von zentralem politi-
957 schen Interesse sein, digitale Innovationen in der Fläche
958 umzusetzen, sprich: bei den Bürgerinnen und Bürgern
959 vor Ort in den Kommunen. So bieten etwa die kommun-
960 alen Einrichtungen der 53 Gebietskörperschaften in
961 Nordrhein-Westfalen eine herausragende Möglichkeit
962 diese Entwicklung maßgeblich mitzugestalten und so,
963 für breite Bevölkerungsgruppen fruchtbar zu machen.

964 Die demokratisch legitimierten Spitzen der Kommunen
965 müssen auch bei dem Thema der Digitalisierung wieder
966 mehr eigenen Gestaltungsspielraum bekommen. Sie
967 können sehr gut darüber entscheiden, welche Bedürf-
968 nisse ihre Bürgerinnen und Bürger vor Ort haben, an
969 welcher Stelle etwas dringend und grundsätzlich neu-
970 gestaltet werden muss und sollte.

971

972 **DESHALB FORDERN WIR:**

973 **1. Kommunales Förderprogramm für digitale Lösun-**
974 **gen**

975 Den Kommunen muss die Möglichkeit gegeben werden,
976 mithilfe eines kommunalen Förderprogramms für digi-
977 tale Lösungen, eigene Leistungen nach den Bedarfen
978 vor Ort öffentlich auszuschreiben. Ein solches Förder-
979 vorhaben muss mit bestehenden Förderprogrammen
980 des Landes NRW und des Bundes abgestimmt werden.
981 Eine Parallelstruktur ist zu vermeiden.

982

983 **2. Unterstützung der Kommunen in NRW**

984 Das Land NRW muss den weniger starken Kommunen
985 in NRW Unterstützungsdienstleistungen bieten, damit
986 sie kommunale Herausforderungen mithilfe digitaler
987 Lösungen meistern können. Dabei sollten bestehende

988 Strukturen, wie etwa die der Regionalagenturen oder
989 der Regionalforstämter, genutzt werden, um fachliche
990 Begleitung und Erfahrungsaustausch flächendeckend
991 zu ermöglichen.